

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Eidgenössisches Parlament

Bern, 10. Juli 2025 / cts
VL_FiREG_d

Elektronischer Versand: gesetzesrevisionen@bfe.admin.ch

Änderung des Bundesgesetzes über subsidiäre Finanzhilfen zur Rettung systemkritischer Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft: Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

FDP.Die Liberalen lehnen den Entwurf zur Verlängerung der Geltungsdauer des Bundesgesetzes über die subsidiären Finanzhilfen zur Rettung systemkritischer Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft bis Ende 2031 ab.

Die FDP erachtet es als eklatantes Systemversagen, dass dieses Gesetz überhaupt notwendig war. Es obliegt den Verwaltungsräten und den Kantonen als Eigentümern, die nötigen Vorbereitungen zu treffen, damit sich ein Szenario wie im Herbst 2022 nicht wiederholt. Die Branche und die Eigner Kantone der drei grossen Stromkonzerne hatten genug Zeit, um die richtigen Schlüsse aus der damaligen Situation zu ziehen. Es kann daher nicht sein, dass die Kantone diese Unternehmen nicht selbstständig mit ausreichenden Sicherheiten ausstatten können.

Die FDP fordert eine grundlegende Diskussion über Pflichten, Verantwortlichkeiten und Organisation der Stromversorgung in unserem Land. Hier braucht es einen Föderalismus, der seinen Namen verdient und die Verantwortung nicht einfach nach oben delegiert. Die FDP setzt sich mit Nachdruck für die Stabilität des Schweizer Strommarkts ein. Die nicht mehr notfallmässige Bereitstellung von Bundesgeldern für eine jahrelange Absicherung gehört jedoch nicht dazu.

Zudem blieb das Parlament im Hinblick auf die Aufsicht nicht untätig und verabschiedete jüngst das Bundesgesetz über die Aufsicht und Transparenz auf den Energiemärkten. Eine Verlängerung des bisherigen Gesetzes ist daher unnötig. Gerade weil es gewichtige Nachteile hat: Es stellt einen Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit dar, ist bei der Definition der installierten Kraftwerksleistung willkürlich und setzt Fehlanreize.

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen

Der Präsident



Thierry Burkart
Ständerat

Der Generalsekretär



Jonas Projer